

## Rumänien (Seiten 293 - 297)

### 01) Claudiu Târziu: „Wir wollen ein neues Europa der souveränen und starken Nationen!“

29. 11. 2021



Claudiu Târziu, Journalist, Autor und Herausgeber

*Claudiu Târziu: „Wir wollen ein neues Europa der souveränen und starken Nationen!“*

Interview von Álvaro Peñas mit Claudiu Târziu, Journalist, Autor und Herausgeber. Er ist Co-Vorsitzender der Partei AUR, der viertgrößten politischen Kraft in Rumänien, und seit Dezember 2020 Mitglied des Senats.

**Frage:** Wie stehen Sie zu der aktuellen Krise der rumänischen Regierung?

Unsere politische Krise wurde durch eine Reihe von Missverständnissen in der so genannten Mitte-Rechts-Koalition (die eigentlich links ist) verursacht, die von Präsident Iohannis voll unterstützt wird. Angesichts der Tatsache, dass wir nicht nur mit einer Krise im Gesundheitswesen, sondern auch mit einer Energie- und Wirtschaftskrise konfrontiert sind,

war dies der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Regierungsparteien, um die Macht zu kämpfen. Und doch geschah es. Diese ganze Situation hat uns gezeigt, wie weit die politischen Parteien von der öffentlichen Agenda entfernt sind.

Inzwischen ist eine neue Regierungskoalition an der Macht, die sich aus Parteien zusammensetzt, die bis vor wenigen Wochen noch antagonistische, diametral entgegengesetzte Positionen eingenommen haben. Die Führer der Nationalliberalen Partei (PNL) haben unzählige Male erklärt, dass sie niemals eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei (PSD) eingehen werden. Darüber hinaus erklärte Florin Cîțu, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei und ehemaliger Ministerpräsident Rumäniens, dass jeder, der mit der PSD verhandelt oder Gespräche führt, „ein Feind des rumänischen Volkes“ sei. Ziemlich seltsam, würde ich sagen. Heute regieren diese beiden Parteien Rumänien gemeinsam, als Partner. In ihre Koalition haben sie wieder einmal die ethnische Organisation der ungarischen Minderheit – die UDMR – aufgenommen.

### **EU-Gelder für „Freunde“**

Zwischen den Parteien der neuen Koalition gibt es keine – sagen wir mal – doktrinäre Kompatibilität. Das Einzige, was diese Parteien eint, ist der starke und offensichtliche Wunsch, die Haushaltsmittel und europäischen Gelder, die im Rahmen des Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellt werden, mit den eigenen Freunden zu teilen.

**Frage:** Ihre Partei hat bei den Wahlen im letzten Jahr für eine große Überraschung gesorgt, die Sie als „konservative Revolution“ bezeichnet haben. Was ist der Schlüssel zu ihrem Erfolg?

Wir haben über Themen gesprochen, die für die rumänische Bevölkerung interessant sind, über Themen, die von anderen politischen Parteien ignoriert werden. Wenn das politische System in Rumänien funktioniert hätte, wenn die alten Parteien wirklich die wahren Interessen der Bürger vertreten hätten, hätten meine Kollegen und ich keine Gründe gehabt, in die Politik zu gehen.

### **Fassadendemokratie**

Ich bin Schriftsteller und Journalist, aber ich habe auch Erfahrung im Kulturunternehmertum. Das sind meine Hauptinteressen und Leidenschaften, und ich hätte gerne weiter geschrieben und veröffentlicht. Aber wir haben 30 Jahre lang in einer Fassadendemokratie gelebt, in der die Dinge, die hinter den Kulissen passieren, mehr zählen als die Dinge, die auf der Bühne passieren.

Die alten Parteien taten so, als würden sie die Interessen des Volkes vertreten, aber das war alles nur ein schlechter Scherz. In Wirklichkeit haben sie eine Art von Strukturen aufgebaut, durch die eine Gruppe von Menschen die öffentlichen Mittel abzog und die demokratischen Institutionen parasitär nutzte. Das hat viele von uns empört. Unsere eigene Schlussfolgerung war, dass wir unsere persönlichen Interessen in den Hintergrund stellen und uns intensiv in die Politik einbringen müssen.

### **Beginn als kleine Bewegung**

Von dem Team, das Ende 2019 die Allianz für die Union der Rumänen (AUR) gegründet hat, hat sich fast niemand zuvor politisch engagiert. Wir begannen als kleine Bewegung, die

jedoch das „Kartell“ der alten Parteien aufbrechen wollte. Als neu gegründete Bewegung ohne finanzielle Verbindungen waren unsere Mittel sehr begrenzt. Aus diesem Grund konzentrierte sich unsere Kampagne hauptsächlich auf die Nutzung sozialer Netzwerke. Wir haben nicht nach einem „klassischen“ Rezept gearbeitet. Wir haben mit den einzigen Mitteln gearbeitet, die uns zur Verfügung standen. Diejenigen, die von uns erfahren haben, haben gemerkt, dass wir Menschen sind wie sie, ohne politische Erfahrung, aber ehrlich in dem, was wir tun. Für diejenigen, die uns gewählt haben, waren wir völlig anders als die „alten“ Politiker.

**Frage:** Eine der Stärken der AUR war der Kampf gegen die Politik von COVID-19. Welchen Standpunkt vertreten Sie angesichts der zunehmend restriktiven Maßnahmen?

Die Tatsache, dass dieses Virus eine große Herausforderung für unsere Gesundheitssysteme darstellt, bedeutet nicht, dass wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgeben müssen. Die epidemische Krise hebt die Demokratie nicht auf. Sie ist eine Ausnahmesituation, die ungewöhnliche Maßnahmen erfordert. Diese Maßnahmen müssen jedoch im Einklang mit der Verfassung stehen. Unzählige Male wurden die Verfassung und die Gesetze gebrochen. Eine kleine Gruppe nicht gewählter Beamter hat seltsame Maßnahmen ergriffen – wie etwa nächtliche Fahrverbote oder die Schließung von Friedhöfen.

### **„Grünes Zertifikat“ ist Segregationspass und Kontrollmittel**

Das „grüne Zertifikat“ ist in Wirklichkeit ein Segregationspass, der nichts mit der Bekämpfung des Virus zu tun hat. Er ist ein Kontrollmittel, das mit einer freien und demokratischen Gesellschaft unvereinbar ist. Dieses „Dokument“ spaltet und verfeindet die Gesellschaft. Es scheint nur ein Instrument zu sein, um die Impfung gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung durchzusetzen. Man wird vor die „Wahl“ gestellt, entweder geimpft zu werden oder seinen Arbeitsplatz zu verlieren, was schrecklich ist.

Wir lehnen die Einführung des „grünen Zertifikats“ entschieden ab. Wir sind besorgt darüber, dass viele europäische Länder es eingeführt haben. Es scheint, dass der ganze Kontinent in eine neue Art von Totalitarismus abgeleitet. Als Osteuropäer wissen wir, was es bedeutet, in einer kommunistischen Diktatur zu leben, in der unsere Grundrechte keine Rolle spielen und die Interessen des Staates immer Vorrang haben. Wir wollen nicht, dass sich dies in einer anderen Form und mit einer anderen Begründung wiederholt.

Wir sind für die Verfassung, die Bürgerrechte und Freiheiten. Wir sind der Meinung, dass die Impfung eine individuelle, freie Entscheidung ist und bleiben muss und nicht das Ergebnis einer emotionalen Erpressung oder des wirtschaftlichen Drucks einer missbräuchlichen Macht ist.

**Frage:** In Spanien wurde die AUR im Dezember von den Rumänen zur zweitstärksten Partei gewählt, was auch in anderen europäischen Ländern der Fall war. Glauben Sie, dass dies mit dem zusammenhängt, was viele Rumänen in Westeuropa sehen, d. h. Feminismus, LGBTQ und Multikulturalismus?

Wahrscheinlich auch das, obwohl ich nicht glaube, dass das der Hauptgrund war. Ja, viele Rumänen, die in westeuropäischen Ländern leben und arbeiten, haben den wachsenden Einfluss des Kulturmarxismus in diesen Gesellschaften gesehen. Die AUR ist eine Partei, die sich gegen LGBT-Propaganda, gleichgeschlechtliche Ehen und

die Förderung der so genannten Gender-Theorie in den Schulen ausspricht. Wir sind auch gegen illegale Einwanderung, insbesondere aus Kulturräumen, die nicht mit unserer europäischen und christlichen Kultur vereinbar sind.

Ich glaube jedoch, dass die Rumänen in Spanien und anderen westlichen Ländern aus demselben Grund für uns gestimmt haben wie die Rumänen im Lande: aus Auflehnung gegen ein korruptes politisches und wirtschaftliches System. Rumänen, die im Ausland arbeiten, sind vielleicht aktiver, besser informiert und mutiger. Obwohl sie Rumänien wegen der fehlenden Möglichkeiten und Perspektiven verlassen mussten, haben sie die Hoffnung nicht völlig verloren. Die Dinge können sich auch in unserem Land zum Besseren wenden. Sie sehen, wie die Dinge in den westlichen Gesellschaften funktionieren, und sie würden sich sicherlich wünschen, dass dies auch in Rumänien der Fall wäre, dass sie Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Bildungsdiensten hätten, dass sie anständig leben könnten. Ich denke, dass unsere Partei ihren parlamentarischen Erfolg aus zwei wichtigen Gründen hatte: Erstens setzt sie sich wirklich für die Verteidigung unserer nationalen Identität und Kultur ein, und zweitens kämpft sie gegen die Oligarchie der alten Parteien.

**Frage:** Was halten Sie in diesem Zusammenhang von den anhaltenden Drohungen der Kommission gegen Ungarn und Polen, die sich weigern, die Gender-Ideologie zu akzeptieren, und glauben Sie, dass dies auch in Rumänien geschehen könnte, wo es in der Gesellschaft und in der orthodoxen Kirche einen starken Widerstand gegen diese Ideologie gibt?

Was die Europäische Kommission in Bezug auf Polen und Ungarn tut, ist ein ungeheurer Missbrauch, der jeden Bürger und jeden EU-Staat zum Nachdenken bringen sollte. Es ist eine Erpressung und eine Bestrafung. Die Einwohner dieser beiden Länder haben sich für konservative und patriotische politische Kräfte entschieden, deren Agenda oft mit dem von den Pseudo-Eliten in Brüssel propagierten globalistischen Sozialismus unvereinbar ist. Was die Kommission und Frau von der Leyen tun, ist jenseits aller Regeln.

Für uns liegt es auf der Hand: Es findet ein politischer Kampf zwischen Politikern mit sehr unterschiedlichen Ansichten über die Zukunft Europas und die Herrschaft der Nationalstaaten statt. Die Parteien, die jetzt in Polen und Ungarn an der Spitze stehen, wollen ein Europa der freien und starken Nationen, genau wie wir.

Die Bürokraten in Brüssel wollen ein Imperium, in dem die Nationalstaaten eine unbedeutende Rolle spielen und alle ihre Eigenschaften als souveräne Staaten verlieren. Für uns, die Allianz für die Union der Rumänen, ist so etwas inakzeptabel! Die Europäische Gemeinschaft und in der Folge die EU sind das Werk der Staaten. Die Mitgliedsstaaten haben die europäischen Verträge unterzeichnet. Niemand hat der Kommission oder einer anderen europäischen Institution ein Blanko-Mandat oder unbegrenzte Befugnisse erteilt. Wir sind nicht der Meinung, dass Polen und Ungarn „in Ordnung gebracht“ werden müssen. Die Kommission und Frau von der Leyen tun so, als ob sie über den Staaten stünden, und das ist völlig falsch!

In Rumänien haben bisher gehorsame Politiker regiert. Bis zur AUR hat es keine Partei gewagt, auch nur die geringste Kritik am europäischen Integrationsprozess zu äußern. Jetzt ändern sich die Dinge wirklich. Immer mehr Bürger verstehen, dass nicht alles, was aus

Brüssel kommt, gut für uns ist. Diejenigen, die der Integration kritisch gegenüberstehen oder eine andere Vorstellung davon haben, wie die europäische Integration aussehen sollte, haben das gleiche Recht auf politische Vertretung.

### **Für ein föderales Europa**

Unsere Partei ist nicht gegen die europäische Integration, wie uns die alten korrupten Parteien vorwerfen, aber wir sind gegen ein föderales Europa. Wir wollen ein neues Europa, das aus souveränen und starken Nationen besteht!

**Frage:** Die EU ist in diesen Fragen sehr streitlustig, aber sehr nachgiebig, wenn es um Krisen wie die von Belarus geht. Was halten Sie von der Migrationskrise, die sich an der polnischen und litauischen Grenze abspielt?

Es scheint, dass Kräfte außerhalb der EU diese neue Krise verursacht haben. Wahrscheinlich Russland oder zumindest in Zusammenarbeit mit ihm. Die Migranten aus dem Nahen Osten haben keine Möglichkeit, einen Landweg nach Belarus zu erreichen. Sie sind mit Flugzeugen dorthin gekommen. Jemand hat sie in diese Flugzeuge gesetzt. Absichtlich. Europäische Beamte haben sich in dieser Hinsicht scharf geäußert. Abgesehen von diesen Äußerungen haben wir keine tatsächliche menschliche Hilfe für Polen und Litauen gesehen.

Die EU-Grenzen zu Land und zur See müssen verstärkt werden. Wenn jeder illegal in die EU einreisen kann, bedeutet das, dass die Mitgliedstaaten keine wirkliche Kontrolle über ihr Territorium ausüben. Wenn die Europäische Union keine Strategie und keine konkreten Maßnahmen entwickelt, müssen die Staaten selbst aktiv werden, um ihre nationalen Grenzen zu schützen.

## **El Correo de España**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

Frankreich (Seiten 298 – 300)

**01) Umfrage: 69 Prozent der Franzosen befinden, dass es in Frankreich zu viele Einwanderer gibt**

27. 11. 2021



*Einwanderung: Laut einer von der LICRA in Auftrag gegebenen Umfrage finden 69% der Franzosen, dass es zu viele Immigranten in Frankreich gibt. 69% der Franzosen finden, dass es zu viele Einwanderer in Frankreich gibt, so eine am Freitag, den 26. November, veröffentlichte Studie von Ifop/LICRA/Le DDV über „Ausmaß und Grenzen der ‚Zemmourisierung‘ der Geister“.*

Die Tugendliga LICRA wollte den Einfluss der Thesen von Éric Zemmour in der öffentlichen Meinung messen, da seine Qualifikation für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen im Bereich des Möglichen liegt: Es geht darum, ob der Polemiker den Kampf der Ideen zu einem Teil der Themen – Islam, Unsicherheit, Einwanderung, Vornamen, Feminismus – gewonnen hat, die die Franzosen derzeit stark beschäftigen.

Das Ifop hat für seine Zeitschrift, den DDV, ein Untersuchungsinstrumentarium entwickelt, das auf einer außergewöhnlich großen Stichprobe (4 500 Personen) und Indikatoren aus großen Umfragen (CEVIPOF, CNDH...) beruht und es ermöglicht, zu sehen, wie sich die Werte der Franzosen in den letzten zehn Jahren entwickelt haben.

Hier einige Erkenntnisse aus der Umfrage (die hier in voller Länge zu finden ist) , mit sehr kontrastreichen und teilweise sogar widersprüchlichen Ergebnissen.